

## 1. Tertialsbericht 2017

Dez.	Amt	Produktgruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
1	110	Personal	Gesamtpersonalaufwand Stadt	0,00	Im Berichtszeitraum wurden gegenüber den Planwerten rd. 2,2 Mio. € weniger verausgabt. Ob dies zum Jahresende zu einer Verbesserung führen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
1	110	Personal	Versorgungsaufwendungen	0,00	Im Berichtszeitraum wurden gegenüber den Planwerten rd. 150.000 € weniger verausgabt. Ob dies zum Jahresende zu einer Verbesserung führen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
OB	170	11.01.27	Förderung der Integration von Migranten	0,00	Voraussichtlich werden 31.634,45 € höhere Landeszuwendungen erwartet (Bescheid steht noch aus).
OB	300	11.01.11	Recht	0,00	Es ist absehbar, dass es im Bereich Haftpflicht zu Mehrausgaben kommen wird. Diese können ggf. durch bisher niedrigere Ausgaben im Bereich der Prozesskosten ausgeglichen werden.
1	110	11.01.06	Zentrale Dienste	0,00	Gegebenenfalls wird aufgrund des vom Land NRW gewährten Konnexitätsfolgenausgleiches für die Anwendung des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW (+379.000 €) ein potitives Jahresergebnis erreicht.
1	200	11.15.04	Beteiligung an der BBVG mbH	681.041,00	Geringere Aufwendungen, da die Einstellung in die Sonderposten für Gewinne der MVA geringer als geplant ausfällt.
1	200	11.16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	11.698.961,00	Insbesondere eine Verbesserung aufgrund höherer Gewerbesteuereinnahmen bedingt durch eine gute Entwicklung der Konjunktur (+11.440.000 € netto). Zudem eine Verbesserung um 289.545 € aufgrund höherer Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und für Verluste im Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011. Dagegen stehen 30.584 € geringere Schlüsselzuweisungen als geplant.
2	150	11.01.24	BürgerServiceCenter	22.817,00	Verbesserung durch sparsame Mittelbewirtschaftung.
2	400	11.03.02	Zentrale Leistungen des Schulträgers	0,00	Eine Prognose lässt sich angesichts des ungewissen Umfangs bereits erbrachter bzw. bestellter, aber noch nicht abgerechneter Leistungen nicht sachgerecht aufstellen.
2	470	11.04.05	Musik- und Kunstschule	0,00	Voraussichtlich wird der geplante Ansatz eingehalten. Eine Unwägbarkeit ergibt sich aufgrund des wegen der Sanierung der MuKu notwendigen Umzuges in Ausweichquartiere und sich ggf. daraus ergebene Kündigungen der Nutzer.
3	360	11.11.03	Vorflutsicherung und Abwasserkontrolle	-26.250,00	Verschiebung einer Maßnahme in das Folgejahr, so dass sich die als Erträge berücksichtigten Eigenleistungen verringern. Gebührenhaushalt.
3	360	11.13.04	Wasser und Wasserbau	-52.500,00	Verschiebung von Maßnahmen in das Folgejahr, so dass sich die als Erträge berücksichtigten Eigenleistungen verringern.
3	530	11.02.05	Fleischhygiene	0,00	Ein Ergebnis kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
3	530	11.07.02	Gutachten/Stellungnahmen	0,00	Ein Ergebnis kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
3	530	11.07.04	Gesundheits- und Infektionsschutz	0,00	Ein Ergebnis kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
4	600	11.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	700.000,00	Verbesserung im Bereich der ö.-r. Leistungsentgelte (Baugebühren und Verwaltungsgebühren)
4	600	11.10.04	Wohnungsbauförderung	-100.000,00	Geringere ö.-r. Leistungsentgelte (Verwaltungsgebühren) aufgrund weniger Anträge auf Eigentumsförderung.
4	620	11.09.04	Geoinformationsdienste, -datenmanagement	60.000,00	Verbesserung, da weiterhin viele Daten und Dokumenten des Liegenschaftskatasters kostenpflichtig angefordert werden, obwohl diese seit 01.01.2017 als Open-Data über ein Landesportal kostenfrei erhältlich sind. Es ist offen, ob diese Tendenz anhält.

# 1. Tertialsbericht 2017

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
4	660	11.12.01	öffentliche Verkehrsflächen	130.000,00	Verbesserung aufgrund höherer prognostizierte Erträge bei den Sondernutzungs-, Verwaltungs- und Parkgebühren.
4	660	11.12.04	ÖPNV	-279.000,00	Minderertrag im Bereich der Zuschüsse verbundener Unternehmen.
5	500	11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	5.513.154,00	Durch die vollständige Entlastung der Kommunen von den Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte (+4,7 Mio. €) (KdU) und Mindererträgen durch die Reduzierung der KdU (-0,5 Mio. €) ergibt sich bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der KdU für diesen Personenkreis eine Verbesserung von 4,2 Mio. €. Weiterhin wird von einer Verbesserung durch Minderaufwand bei den KdU ausgegangen (ca. 1,4 Mio. €).
5	500	11.05.02	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	-7.030.246,00	Durch ein verändertes Verfahren der Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und weiter rückläufige Fallzahlen nach dem AsylbLG wird mit Mindererträgen von rd. 14 Mio. € gerechnet. Dagegen steht ein Minderbedarf von rd. 8 Mio. €. Bei den Transferergebnissen werden aus den Forderungen von Kostenersatz rd. 0,5 Mio. € Mehrerträge erwartet. Aufgrund von Zuständigkeitsverlagerungen entstehen 1,5 Mio. € Mehraufwendungen (Zuständigkeit für alle ambulanten Leistungen nach Kap. 5-9 SGB XII für Fälle im ambulanten Wohnen wechselt vom örtlichen Träger zum LWL, PG 11.05.03. Im Gegenzug wechselt die Zuständigkeit für die Leistungen für den Lebensunterhalt des o.g. Personenkreis vom LWL zur Stadt, PG 11.05.02)
5	500	11.05.03	Besondere soziale Leistungen	1.564.903,00	Aufgrund von Zuständigkeitsverlagerungen entstehen 1,5 Mio. € Minderaufwendungen (Zuständigkeit für alle ambulanten Leistungen nach Kap. 5-9 SGB XII für Fälle im ambulanten Wohnen wechselt vom örtlichen Träger zum LWL, PG 11.05.03. Im Gegenzug wechselt die Zuständigkeit für die Leistungen für den Lebensunterhalt des o.g. Personenkreis vom LWL zur Stadt, PG 11.05.02)
<b>Summe</b>				<b>12.882.880,00</b>	